



UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK  
PADERBORN

# **Das deutsche Zimmerhandwerk**

**Gerland, Erwin**

**Kassel, 1928**

Kriegs- und Nachkriegszeit (1914-1924)

---

[urn:nbn:de:hbz:466:1-96708](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-96708)

Außer der Werbetätigkeit hatte die Bundesleitung ein steigendes Maß von Büroarbeiten zu bewältigen. Mündlich und schriftlich mußten Auskünfte an die Mitglieder erteilt werden; Erkundigungen waren einzuziehen, Gutachten zu erstatten, kurzum, es galt, einen umfangreichen Verwaltungsapparat unablässig in Bewegung zu halten.

Innerhalb ihres zehnjährigen Bestehens hatte sich die Berufsorganisation des Zimmergewerbes einen dauernden Platz in den Reihen der wirtschaftlichen Spitzenverbände gesichert; wenn auch für den Ausbau noch manches zu tun übrig blieb, so waren doch die unerschütterlichen Grundlagen für eine weitere Wirksamkeit geschaffen. Treffend äußerte sich darüber ein befreundeter Fachmann im Bundesorgane; er schrieb anläßlich des zehnten Jahrestages: „Man darf nicht morgen schon ernten wollen, was man heute sät; man darf auch nicht erwarten, daß sich die Erfolge der Bundesarbeit sofort und unmittelbar in greifbarer, klingender Münze auslösen.“

#### Kriegs- und Nachkriegszeit (1914—1924).

Daß das organische Gebäude, das man im Zimmergewerbe errichtet hatte, tatsächlich auf sicherem Grunde stand, geht unverkennbar daraus hervor, daß der Bund in den schwierigsten Jahren der Kriegs- und Geldentwertungszeit nicht wie viele andere Verbände zusammengebrochen ist noch in seiner Betätigung lahmgelegt war; wohl hatte der Weltkrieg einen jähen Abbruch in der Entwicklung verursacht. Tod und Geschäftsaufgabe raubten so manches treue Mitglied; aber die Bundesleitung wurde nicht müde, die gewonnene Stellung des Bundes gegen alle Anstürme zu verteidigen und obendrein zu helfen, soweit die geschwächten Kräfte ausreichten.

Es ist staunenswert, mit welcher Ausdauer die deutschen Zimmermeister zehn Jahre hindurch dem schwersten Mißgeschick standgehalten haben. Freilich erleichterte die Gemeinschaftsarbeit den Daseinskampf; die Organisation bestand ihre Feuerprobe. In den Personen des 2. Bundesvorsitzenden und des Bundessekretärs war inzwischen ein Wechsel eingetreten. An Stelle des Zimmermeisters Nagel-Karlsruhe war in Hannover Zimmermeister *Ambis*-Freiburg i. Br. in den Vorstand gewählt worden; die Bürogeschäfte des Bundes leitete von 1914 bis zu seinem 1919 erfolgten Tode Herr *Müller* in Kassel.

Mit Rücksicht auf die Kriegsverhältnisse hatte man den schon angekündigten Bundestag für 1914 absagen müssen, obwohl man kurz zuvor (17. Mai 1914) in Frankfurt a. M. ein umfassendes Programm für die in Darmstadt vorgesehene Tagung aufgestellt hatte. Die kriegswirtschaftlichen Ereignisse lenkten jedoch die ungeteilte Aufmerksamkeit der Bundesorgane auf sich. Um auch mit den im Felde stehenden Berufsgenossen und ihren Familienangehörigen in Fühlung zu bleiben wurde ein besonderer Nachrichtendienst und eine Beratungsstelle zur Aufrechterhaltung der Betriebe eingerichtet. Der Geschäftsverkehr des Berufsverbandes nahm keineswegs ab. 1914 bearbeitete die Bundesleitung 33, 1915 noch 26 Eingaben an die Behörden. Was den Schriftwechsel anbetrifft, so wurden 1915 zusammen 725 Eingänge und 1124 Ausgänge verbucht. Selbst von der Front erhielt die Technische Kommission mehrere Aufträge zur Erledigung. Auch war ein weiterer Zugang an Mitgliedern zu verzeichnen. Arbeitsbeschaffung für die Daheimgebliebenen erachtete der Bundesvorstand für seine vornehmste Aufgabe.

Die Kriegstagungen des Bundes verliefen sämtlich im Rahmen von Verwaltungsratssitzungen. Die erste Versammlung (14. März 1915) in *Frankfurt a. M.* wurde durch eine würdige Totengedächtnisfeier eingeleitet. Denn 22 Bundesmitglieder und 17 Zimmermeistersöhne hatten ihr Leben bereits dem Vaterlande geopfert. Ihnen zu Ehren plante man die Herausgabe eines Kriegsgedenkbuches. Zur Kriegsanneihe zeichnete der Bund aus dem Grundstock für die Brandprobe den Betrag von 9000 M. Die zweite Abgeordnetensitzung (28. November 1915) in *Wiesbaden* beschäftigte sich mit der Förderung der Holzbauweise im Kriege, dem Wiederaufbau der zerstörten deutschen Gebiete und der Wiederaufnahme der Bautätigkeit nach dem Kriege. In *Würzburg* (16. Juli 1916) wurden diese Gedanken weiter ausgesponnen. Die Bildung von Baugenossenschaften erschien als ein geeignetes Mittel zur Anlage von Siedlungen für die heimkehrenden Krieger. Ihnen sollte vor allem gleichzeitig Arbeitsgelegenheit und billiger Betriebskredit beschafft werden. Die vierte Kriegstagung vereinigte die Bundesvertreter in *Rüdesheim* (22. Juli 1917). Wieder bildete die Übergangswirtschaft und die Ausbildung des Nachwuchses, insbesondere der Kriegsbeschädigten, den Verhandlungsgegenstand. Die beiden Sitzungen des Jahres 1918 in *Marburg a. L.* (17. März 1918) und *Bamberg* (17. August 1918) bestätigten erneut die Pflichten des Bundes gegenüber den Frontkämpfern, lehnten den Barackenbau als normale Wohnstätten ab und zogen die Verwirklichung einer Haftpflichtversicherung in Erwägung.

Der unglückliche Ausgang des Weltkrieges und die innerpolitischen Vorgänge ließen das Interesse der Bundesmitglieder nicht verschwinden. Man war sich bewußt, daß die wirtschaftliche Neugliederung und soziale Umschichtung Anforderungen stellte, denen man nur durch einmütiges berufsständisches Zusammenarbeiten gerecht zu werden vermochte. Unmittelbar nach Friedensschluß stellte sich die Einberufung einer ordentlichen Mitgliederversammlung als verbandspolitische Notwendigkeit heraus. Der 11. *Bundestag* in *Kassel* (13. bis 15. September 1919) war denn auch von allen Unterverbänden überraschend gut besetzt. Zu feierlicher Stunde gedachte man in Treue und Dankbarkeit der auf den Schlachtfeldern verbliebenen Helden; eine Ehrentafel des Bundes zählte die Namen der gefallenen Zimmermeister auf; es waren nahezu 100 Mitglieder und Zimmermeistersöhne, die ihre Vaterlandsliebe mit dem Tode besiegelt hatten. In den Verhandlungen selbst spielte das Problem der Umstellung auf Friedensarbeit eine entscheidende Rolle. Fragen der Wohnungsnot, des Wohnungsbaues und Baustoffes bedurften einer fachmännischen Aussprache. Mit besonderem Nachdruck hat sich der Bund dabei für eine Erneuerung des Fachwerkbaues und für die Kenntnis und Verbreitung der neuzeitlichen, freitragenden Holzbauweise im Zimmerhandwerk eingesetzt. Im Zeichen der neuen Zeit stand ebenfalls der 12. *Bundestag* (28. bis 31. August 1920) in *Darmstadt*. Die Versuche zur Sozialisierung und Kommunalisierung des Bauwesens forderten damals den Zimmermeister zu entschiedener Stellungnahme heraus. Im Zusammenhang mit den Geboten einer rationellen Betriebsführung wurde andererseits die Preisberechnung des Zimmergewerbes und die Zweckmäßigkeit eines fachlichen Befähigungsnachweises durchberaten. Schließlich bestimmte man einen Ausschuß zum Ausbau der Organisation, der ermächtigt wurde, Richtlinien für die *straffere* Zusammenfassung der Teilkörperschaften zu entwerfen. Splitterverbände sollten vereinigt und das Schwergewicht bei der Wahrnehmung örtlicher Interessen in die Unterorganisationen verlegt werden. Die Bundesleitung sollte lediglich die grundsätzlichen Fragen bearbeiten. In Anlehnung an diese Beschlüsse entwickelten die

Unterverbände bald eine fruchtbringende Tätigkeit, hielten regelmäßige Versammlungen in ihren Bezirken ab und gründeten eigene Geschäftsstellen mit sachgemäßer Verwaltung. Dem rastlosen Bemühen der Zimmermeister *Gregorius*-Düsseldorf und *Heimbach*-Köln gelang es, die vielen Ortsgruppen des rheinisch-westfälischen Gebietes zunächst zu einer Interessengemeinschaft und dann 1920 zu einem der größten Unterverbände des Bundes zusammenzuschließen; der Vorsitzende *Gregorius* führte durch seine umsichtigen Maßnahmen dem jungen Verbands binnen Jahresfrist nicht weniger als 400 neue Mitglieder zu.

Die Kassengeschäfte, die seither der 2. stellvertretende Bundesvorsitzende *Kutterer*-Ludwigshafen erledigt hatte, wurden 1920 auf die Bundesleitung nach Kassel übernommen. In der Hauptgeschäftsstelle wirkte von 1920 bis 1921 Herr *Laue* als Syndikus. Dem 13. Bundestag in *Barmen* (13. bis 16. August 1921) ging eine Vorstandssitzung in Frankfurt a. M. (5. Dezember 1920) voraus, der die Klärung von inneren Organisationsangelegenheiten oblag. Die Tagesordnung in *Barmen* dagegen sah zeitgemäße Vorträge über den Entwurf einer Reichshandwerksordnung, über Wohnungszwangswirtschaft und Siedlungswesen vor. Bei den späteren Tagungen rückte die gefährvolle Wirtschaftslage wieder in den Vordergrund der Betrachtungen, so auf der Vorstandssitzung in *Goslar* (14. Mai 1922) und dem 14. Bundestage in *Jena* (12. bis 15. August 1922). Kreditnot, Gewinn- und Verlustrechnung im Zimmerhandwerk war ein wiederkehrendes Vortragsthema. Nachdem der erste Reichstarifvertrag für das Baugewerbe (1919), der auch die Arbeitsverhältnisse des Zimmergewerbes regelte, im Jahre 1922 abgelaufen war, kam durch Vermittlung des deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe ein neuer Vertragsabschluß mit Wirkung bis zum 30. März 1924 zustande. Die Vorberatungen nahmen auch den Bund als Vertreter der Zimmermeister in Anspruch. Die mit der Geldentwertung verbundene Holz- und Kreditnot veranlaßte die Vorstandsmitglieder ferner, am 28. und 29. Oktober 1922 nochmals in *Würzburg* zu einer Besprechung zusammenzutreffen. Allerdings wurde der organisatorischen Ausbreitung durch die sich fortwährend verschlechternden Geschäftsverhältnisse eine Schranke gesetzt; Mitgliedsbeiträge waren kaum noch zu errechnen und gingen verspätet und entwertet ein. Die Opferwilligkeit der Berufsgenossen half jedoch mit freiwilligen Spenden über die größten Schwierigkeiten hinweg. Der 15. Bundestag fiel mit dem 25jährigen Jubiläum des badischen Zimmermeisterverbandes zusammen, der sich 1921 mit dem bayrisch-pfälzischen Unterverbande verschmolzen hatte, und wurde deshalb vom 11. bis 14. August 1923 in *Heidelberg* festlich begangen.

In der ärgsten Bedrängnis triumphierte der Wille zum Durchhalten im Zimmerhandwerk; die Hoffnung auf eine bessere Zeit und der Glaube an den Fortbestand der Spitzenorganisation konnte durch nichts ins Wanken gebracht werden. In *Baden*, *Rheinessen*, *Kurhessen-Waldeck* und *Norddeutschland* wurden neue Mitglieder geworben; 1922 erstanden die Unterverbände *Niedersachsen* mit dem Sitz in *Hannover* und *Sachsen-Anhalt* mit dem Sitz in *Halle*. Der letzte war eine Tochterorganisation des *Thüringischen* Unterverbandes, der sich unter dem Vorsitz des Zimmermeisters *Brand*-Erfurt stets durch tatkräftige Werbung auszeichnete. 1923 hatte der Bund deutscher Zimmermeister seinen Mitgliederbestand aus der Vorkriegszeit vervielfacht; diese Gefolgschaft hat er sich bis zur Gegenwart unverändert zu erhalten gewußt.

## Der neuzeitliche Ausbau der Organisation (1924—1928).

Die Stabilisierung der Währung ermöglichte erstmalig wieder einen Überblick über die Finanzkraft der Organisationen und eine normale Festlegung der Beiträge. Was man aber an Einrichtungen aus der Geldentwertung glücklich gerettet hatte, mußte von Grund aus neu aufgebaut werden; denn Unruhe und Verwirrung hatten überall ihre Spuren hinterlassen. Die Freude an der Mitarbeit galt es langsam wieder zu wecken. Eine Unzahl von Aufgaben, die ihrer Lösung harhten, standen den Bundesorganen bevor.

Der veränderten Struktur des Baumarktes hatte sich die Wirksamkeit des Bundes anzupassen; eine Neuorientierung, eine Ausgestaltung der Organisation in neuzeitlichem Sinne war nötig, um eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik betreiben zu können. Diesem Leitgedanken folgte die am 16. und 17. Februar in Kassel tagende Vorstandssitzung, als sie die Anstellung eines Geschäftsführers und den Ausbau der Bundeszeitschrift beschloß. Am 15. März des gleichen Jahres übernahm Dr. Gerland als Bundessyndikus die Geschäfte des Bundesbüros. Unverzüglich schritt man an die Erweiterung der Geschäftsstelle heran. Zunächst traten mehrere kaufmännische Bürokräfte in den Dienst des Bundes, alsdann wurden Registratur und Kartothek erneuert und die Bundesbibliothek, die heute die größeren Werke der fachtechnischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Literatur sowie die einschlägigen Zeitschriften enthält, laufend ergänzt. Die schnelle Entwicklung des Geschäftsverkehrs in der Folgezeit ist auf den Tafeln 17—19 graphisch dargestellt. Zur Unterrichtung der Mitglieder wurden in gewissen Zeitabständen Rundschreiben versandt und monatliche Wirtschaftsberichte seitens der Bundesleitung herausgegeben. Auf den Tagungen der Unterverbände waren die Vertreter des Bundesvorstandes in vielen Fällen persönlich zugegen. Nach außen wurden die verbandspolitischen Beziehungen zu den befreundeten Verbänden wieder angeknüpft und neue Arbeitsgemeinschaften ins Leben gerufen.

Bereits auf dem 16. Bundestage (30. August bis 1. September 1924) in Halle traten die erzielten organisatorischen Fortschritte in die Erscheinung. Neuzeitlichem Geschmacke entsprechend war ein 1922 entworfenes Bundesabzeichen an Stelle des alten eingeführt worden.



Die Bundestagsverhandlungen selbst unter dem Leitwort „Wiederaufbau der Wirtschaft“ ließen keine zeitgemäße Frage des Baugewerbes außer acht; in gemeinsamem Streben wetteiferten die Verwaltungsorgane miteinander, den Aufgaben eines Reichsfachverbandes gerecht zu werden. Zum dritten Bundesvorsitzenden wurde damals Zimmermeister Joh. Paul Heimbach, Köln, erwählt. Auf einer Vorstandssitzung in Berlin beriet man später (14. und 15. Februar 1925) mit den Vertretern der übrigen Bauverbände über die Vorlage einer Reichshandwerksordnung, von der man eine Besserstellung der handwerklichen Organisation erwartete, forderte eine staatliche Steuerreform und suchte nach Wegen, die fachtheoretische Ausbildung des Zimmermeisters an den Baugewerkschulen bezüglich Konstruktion und Berechnung zu vertiefen. Im Anschluß an diese Sitzung erwirkte man durch eine Eingabe, daß im Winter des Jahres 1925 ein erster Fachkursus für neuzeitliche Holzkonstruktionen mit ministerieller Unterstützung an der Baugewerkschule Berlin-Neukölln veranstaltet wurde. Der gute Besuch dieses Lehrganges durch Zimmermeister aus allen Gegenden Deutschlands machte eine Wiederholung in den folgenden